

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: 5 Pf. monatlich 1.50 Mk., auf dem Lande 1.65 Mk., berei die Post bezogen vierteljährlich 4.25 Mk., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postämter sind unter Anzeiger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung aber Rückerstattung des Bezugspreises.



Inserionspreis 1.50 Mk. für die 6-spaltige Korpuszeile über deren Raum, Zeilen, die 2-spaltige Korpuszeile 1.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisermäßigung. Zeitungsanträge im amtlichen Zell nur von Zeitungen die 2-spaltige Korpuszeile 4.50 Mk. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme die vierteljährlich 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf Übermittlung möglichen Übernahmen der Zeitung, jeder Nachdruck ist anzufragen, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kasse gezahlt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Fjauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käfig, für den Inseratenteil: Arthur Fjauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 275

Freitag den 25. November 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die erste Staffel der zu verminderten amerikanischen Besatzungsgruppen am Rhein verläßt am 25. November Antwerpen zur Rückreise nach NewYork. Bis Dezember fehren 2000 Mann zurück.

* Die Kartoffellieferungen aus Bommern sind eingestellt, da die Kartoffelgrößenhändler den Vorkaufsstreit erklärt haben.

* Der französische Finanzminister Doumer erklärte im Finanzausschuß des Senats, die Regierung werde von Deutschland die pünktliche Ausführung des Zahlungsplanes von London vom 5. Mai 1921 verlangen.

* Im letzten Konfiterium besagte Papst Benedikt XV. daß der Versailler Vertrag nicht vom Geist des Friedens erfüllt sei.

* Japan hat in Washington zu verstehen gegeben, daß es sich niemals mit den ihm zugestohlenen 60 Prozent Hauptzinsen von Schiffen begnügen werde. Es müsse vielmehr 70 bis 75 Prozent behalten.

Bayerische Justizhoheit.

Herr von Raht ist befehtigt, aber die Konfliktkraft zwischen Bayern und dem Reich ist geblieben. Ganz plötzlich stiegen wieder zwischen Berlin und München scharfe Äußerungen hin und her, und die kaum beruhigten Geister begannen sich wieder zu erhitzen, als wenn es so sein müßte, daß alle paar Wochen mindestens einmal ein frisch-fröhlicher Krieg zwischen Nord und Süd zum Ausbruch kommt. Es muß ganz gewiß nicht so sein, wie es ja auch früher nicht so gewesen ist. Aber was ist geschehen?

Wiederholt war in linksstehenden Blättern über die angeblich schlechte Behandlung der politischen Gefangenen aus der Notzeit in Bayern auf der Festung Niederschönenfeld geklagt worden. Der bayerische Landtag war diesen Klagen nachgegangen. Es soll von den Beauftragten des Landtages festgestellt sein, daß die Gefangenen, mit Ernst Zoller und Erich Mühsam an der Spitze, über die Gefängnisordnung mit Gewalt zu sprengen versucht und sich dabei zuweilen ungerade erregt benommen hätten. Aber die Klagen wiederholten sich immer wieder. Doch auch die neue Regierung des Grafen Verchenfeld verließ dabei, daß in Niederschönenfeld alles in Ordnung sei und daß die dortigen Behörden und Beamten vollkommen zu Unrecht der Gefangenenqualerei beschuldigt würden. Da kam der kommunistische Hungerstreik in Lichtenburg, der ja wohl nach dem einmütigen Bericht der dorthin entsandten Reichstagskommission als erledigt gelten kann. Die Forderung der Festungsgefangenen von Niederschönenfeld benutzte die Gelegenheit, auch diese der Fürsorge des neuen Reichsjustizministers zu empfehlen; Dr. Radbruch kündigte an, daß er das Recht der Reichsjustiz auch über die bayerischen Gefängnisse in Anspruch nehmen werde. Und rascher, als man denken konnte, wurde von der eigens niedergesetzten Reichstagskommission beschlossen, — und zwar mit sechs gegen drei Stimmen — sich die Verhältnisse in Niederschönenfeld an Ort und Stelle anzusehen.

Man sieht, diese Dinge haben sich mit einer gewissen Beschleunigung entwickelt, vielleicht ohne jedes Zutun der Reichsregierung als Gesamtbürger. Zunächst ist nur der Reichstag durch seinen Ausschuß und der Reichsjustizminister für die Durchführung der gefassten Beschlüsse engagiert. In Bayern herrscht der Eindruck vor, als habe man bereits vor vollendetem Laufen, als sollte die bayerische Landesregierung diesmal ganz anders als zu Zeiten des Herrn von Raht, wo man mit ihr viele Tage, ja sogar wochenlang verhandelte, behandelt werden. Graf Verchenfeld hat vor dem zuständigen Kammerausschuß keinen Zweifel darüber gelassen, daß er das Vorgehen des Reichstages als eine Rechtsverletzung empfinde. Er hat Weisung gegeben, den Mitgliedern des Reichstagsausschusses den Zutritt zur Festungsaufsicht von Niederschönenfeld zu verweigern, und er ist entschlossen, falls keine Einigung mit der Reichsregierung zu erzielen sein sollte, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über diese verfassungsrechtliche Frage anzurufen. Er nimmt für Bayern das Recht in Anspruch, sich gegen diesen Eingriff in seine Rechte, der nicht allein sachliche Beweggründe entsprungen sei, zu wehren. Er selbst werde kühl und ruhig bleiben und hoffe, daß auch die gesamte Öffentlichkeit die Angelegenheit leidenschaftslos behandeln werde. Der Ausschuß sprach nach längerer Debatte keine Überzeugung dahin aus, daß durch den Beschluß des Reichstagsausschusses die Autorität der bayerischen Regierung gefährdet werde. Für die Zukunft empfehle es sich, bei derartigen Anlässen andere Wege als bisher einzuschlagen in Gemäßheit der Weimarer Verfassung, gegen die der Reichstag verstoßen habe. Man stehe vor einer unbegreiflichen Tat, gegen die der bayerische Landtag sich mit aller Entschiedenheit wehren müsse. Der Reichstag seinerseits ist augenblicklich nicht versammelt, und sein Untersuchungsausschuß wird vermutlich auf eigene Faust die Dinge nicht weiter treiben wollen. Bis zur ersten oder gar zweiten Dezemberwoche ist also allen Beteiligten Zeit zur Überlegung gegeben. Es bleibt zu wünschen, daß man sie nicht vergeblich verstreuen läßt.

Soll Deutschland gefragt werden?

Washington über die Abrüstung der Landheere.

Nicht wenige Kritiker der verschiedenen Nationen haben es getadelt, daß die Washingtoner Konferenz ohne die Teilnahme deutscher Vertreter abgehalten wird. Man erblickt darin eine Unvollständigkeit, die den Erfolg beeinträchtigen muß. Dieser Gedanke kommt nicht zur Ruhe, und neuerdings verläutelt aus Washington, die amerikanische Regierung werde, falls das Land abzurüstungsbereit ist, einmal in die Debatte geworfen werden, allen Erstes den Vorschlag zu machen.

Deutschlands Ansicht einzuholen.

Eine Beschlussfassung gegen eine Nacht ohne deren Anhörung ist nach den Voraussetzungen dieser Konferenz undenkbar. Frankreichs Vorbehalte sind aber fast durchweg Antworten gegen Deutschland, und die Versammlung kann nach amerikanischer Meinung die Lösung eines europäischen Problems nicht versuchen, ohne alle daran interessierten Mächte sprechen zu lassen. Amerika ist daher geneigt, die weitere Beratung der Landabrüstungsfrage von Deutschlands Teilnahme in irgendeiner Form abhängig zu machen. Da die Konferenz jedoch am 15. Dezember zu Ende gehen soll, wird sich wohl die Herreise eines deutschen Vertreters nicht auf erträglichen lassen. Es heißt daher, daß man von Deutschland die Antwort auf eine Reihe von Fragen fordern werde, über deren Wortlaut sich die Kommission für Landabrüstung noch einigen muß.

Chinas Unantastbarkeit.

Einer der schwierigsten, wenn nicht das kritischste Problem der Washingtoner Beratungen überhaupt, die Frage, wie die künftige politische Stellung Chinas geregelt werden soll, hat jetzt durch eine Entscheidung eine vorläufige Klärung gefunden. Darin sagen die Großmächte, sie seien entschlossen, die Souveränität, die Unabhängigkeit und die territoriale und Verwaltungsintegrität Chinas zu respektieren, China die vollkommenste Freiheit zu geben, sich zu entwickeln und eine feste und wirksame Regierung zu bilden, den Grundsatz der Gleichheit für Handel und Industrie für alle Nationen auf dem gesamten Gebiet Chinas sicherzustellen und schließlich aus den augenblicklichen Umständen keine Vorteile zu ziehen, um Sonderrechte oder Privilegien zu verlangen.

Die Erhöhung der Zölle.

Aus den Beratungen der Steuerkommissionen.

Eines der Hauptstücke der neuen Verbrauchsabgaben, der für mehrere wichtige Einfuhrartikel stark erhöhte Entwurf des Zolltarifs, wurde vom Verbrauchsteuerausschuß des Reichstages in Arbeit genommen.

Der Ertrag der Zölle

belief sich im Rechnungsjahre 1913 auf rund 700 Millionen Mark, im Rechnungsjahr 1920 dagegen ohne Berücksichtigung des Goldzolkaufschlages auf nur 300 Millionen Mark, wobei besonders der Ausfall der bei Kriegesbeginn aufgehobenen Getreidezölle ins Gewicht fällt, die vor dem Kriege 31 Prozent der gesamten Zolleinnahmen ausmachten. Für eine Erhöhung kommen neben einzelnen Gewürzen und Süßfrüchten in der Hauptsache die zuletzt im Jahre 1918 erhöhten Zölle auf Kaffee und Tee und die im Jahre 1918 nicht erhöhten Kakaozölle in Betracht.

Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Erhöhung der Zölle bei Tee, Kaffee und Kakao, wobei sich verschiedene Abgeordnete gegen eine zu starke Heraushebung der Zölle äußerten. In der letzten Debatte über die Erhöhung der Zölle bei Tee, Kaffee und Kakao, wobei sich verschiedene Abgeordnete gegen eine zu starke Heraushebung der Zölle äußerten, wurde für die Erhöhung von 220 Mark auf 350 Mark. Bei geradem Kaffee empfahl die Regierung eine Steigerung des Zollsatzes von 175 Mark auf 300 Mark. Der Zoll auf rohe Kakaoerbsen könnte nach Ansicht der Regierung verdoppelt werden. Bei den Zolltarifen des Gegengewichts könne vorläufig für Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Süßfrüchte mit einem

Wohlertrag von zusammen 46,6 Millionen Goldmark gerechnet werden. Im Beharrungszustande werde der Mehretrag auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 30 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakao 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Friedensverbrauchs in Ansatz gebracht worden seien.

Der Steuermassstab.

Eine Kritik Helfferichs.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen, der gegenwärtig das Teilgebiet der Besitzsteuern in Beratung genommen hat, steht naturgemäß die Frage „Industrie- und Gewerbesteuerreform“ eine erhebliche Rolle. An dieses Problem knüpfend unternahm der bekannte deutsch-nationale Abgeordnete Helfferich das neue Steuer-

system einer scharfen Kritik. Er betonte vor allem, daß bei der Ausgestaltung der Steuerfrage die Markt kein fester Wertmesser

mehr sei. Er forderte weiter Auskunft über die Vorkaufkraft des fundierten Einkommens im Reich und den Ländern, um für die neue Vorbelastung zu wissen, ob sie vom Einkommen noch getragen werden kann. Auch müsse man nicht, wie hoch Grund und Boden, Gewerbe, Handel und Industrie vorausbelastet seien. Der landwirtschaftliche und häusliche Grundbesitz sei und bleibe Grundvermögen. Eine Besteuerung als Betriebsvermögen könne nicht gutgeheißen werden, da sonst die Grundlagen des Einkommensteuergesetzes und die ganze Arbeit der Steuerbehörden ins Wasser geraten müßten. Auch der Regierungsvorschlag, das landwirtschaftliche Vermögen künftig nach dem sogenannten gemeinen Wert

zu besteuern, sei undurchführbar, denn bei den heutigen verworrenen Verhältnissen lasse sich überhaupt keine einwandfreie Feststellung dessen machen, was man als gemeinen Wert anprechen kann. Für die Landwirtschaft sei nur der Ertragswert gerecht. Auch für das industrielle Betriebsvermögen sei der gemeine Wert ungerecht.

Benedikt XV. gegen den Versailler Vertrag

„Nicht mit dem Geist des Friedens erfüllt.“

Rom, im November.

In nicht mißzuverstehender Weise hat sich das Oberhaupt der katholischen Kirche über den sog. Friedensvertrag von Versailles im hohen staatskundigen Konfiterium geäußert. Der Papst sprach zunächst von den Abmachungen der Kurie mit den Staaten und Gebieten, die entweder neugegründet oder anderen Staaten zugeteilt worden sind. Die früheren Abmachungen seien in solchen Fällen hinsichtlich, zu neuen sei der Heilige Stuhl bereit.

Dann führte der Papst aus, die Völker wünschten inneren und äußeren Frieden. Er bedauere, feststellen zu müssen, daß der Friedensvertrag nicht mit dem Geiste des Friedens erfüllt sei und daß fast alle Nationen, besonders die europäischen, sich noch immer in so schweren Kämpfen zerstückten, daß man täglich mehr empfinde, wie notwendig die Hilfe Gottes sei. Zum Schluß kam der Papst auf die Einschränkung der Rüstungen zu sprechen. Er hege den künftigen Wunsch, daß die Arbeiten der Washingtoner Konferenz erfolgreich sein möchten, fordere aber alle auf, Gott zu bitten, ihnen seinen Beistand zu leisten, damit die Völker von einer fast unerträglichen Last befreit würden und besonders die Gefahr neuer Kriege immer weiter entfernt werde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Unter dem Vorsitz des schweizerischen Bundesrats Calonder haben im Völkerverbundspalast in Genf die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen begonnen. Von deutscher Seite nehmen daran teil Reichsminister a. D. Schiffer, Staatssekretär a. D. Lewald, sowie der Vertreter des Außenbüros Antes, Plenationsrat Graf Schulenburg.

Abberufung der jetzigen Entente-Saarregierung verlangt.

Der Freitag von Saarbrücken hat den Beschluß gefaßt, den Völkerverbund zu bitten, die jetzigen Mitglieder der Saarregierung nach Ablauf ihrer Amtsperiode abzurufen. Die jetzige Regierung hat das Vertrauen der Bevölkerung nicht gewonnen und das Land schwer geschädigt. Der Forderung werden sich die übrigen Kreistage anschließen.

Deutschlands Kriegsschadigung an Serbien.

Der Staatsausschuß in Belgrad hat das Angebot der deutschen Regierung, auf Rechnung der Kriegsschadigung an Serbien Eisenbahnmaterial zu liefern, zur Kenntnis genommen. Deutschland verpflichtet sich, als Wiederergänzung 100 Schnellzüge, 200 Personenzüge, 100 Güterzüge und 50 schmalspurige Lokomotiven sowie 4000 Güterwagen und 2000 Personenwagen zu liefern, und zwar ein Drittel bis März 1922, das übrige in den Monaten Mai und Juni

Frankreich.

Ein furchtbarer Skandal in der Kammer knüpfte sich an die Einbringung kommunistischer Interpellationen, die sich auf die sofortige Freilassung der in Paris gewählten, wegen kommunistischer Propaganda verurteilten Gemeinderäte Moriz und Badina bezogen. Der Deputierte Barthelemy stellte bei der Debatte die Behauptung auf, der Präsident der Republik und die französische Regierung hätten einen verbrecherischen Krieg gegen Rußland geführt. Der Präsident verlangte, Barthelemy sollte diese Worte zurücknehmen, aber er weigerte sich und verschärfte seine Äußerungen, bis die Kammer über ihn verhängt wurde. Der Deputierte Laffont nahm aber den Faden auf und stellte die gleiche Behauptung auf. Die Sozialisten stimmten die Internationale an.